

Nachmittags beriet der Ausschuß die

### Denkschrift über die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen.

Ein konservativer Redner stellte fest, daß wir mit Getreide, Mehl und Kartoffeln gesichert sind. An den bestehenden Verordnungen wird in diesem Erntejahr Wesentliches nicht zu ändern sein. Das kommende Jahr liegt als ein Ganzes vor uns und kann deshalb grundsätzlich behandelt werden. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat dafür bereits Vorschläge gemacht. Bleiben sollen die Bestimmungen über das Maß des Ausmahlens, eventuell mit einigen Milderungen; bleiben soll das Verbot der Verfütterung von Brotgetreide und im Grunde auch die Beschlagnahme. Neue Bestimmungen wären hinsichtlich der Verfütterung von Hintertorn. Auch die Brotkarte soll bleiben. Es wird voraussichtlich möglich sein, die Anteile des einzelnen wesentlich zu erhöhen und nach dem Bedürfnis abzustufen. Die Höchstpreise bleiben dem Grundsatz nach aufrecht, müssen aber doch ausgedehnt werden auf Mehl, Futtermittel und künstliche Düngemittel. Die Organisation der Kriegsgetreidegesellschaft habe sich nicht durchweg bewährt. Ein Fehler liege in der zu starken Zentralisierung, für die eine Dezentralisierung des Verkehrs vorzunehmen wäre. Den Kommunalverbänden soll das Beschlagnahmerecht gegeben werden, außerdem sollen Provinzialsammelstellen den Ausgleich des Ueberschusses und Bedarfs besorgen, am letzten Ende eine Zentralausgleichsstelle, für die ein großes Kapital nicht nötig ist. All das soll auch für die Kartoffeln gelten. Der Zentraleinkauf des Reiches, die Zentralstelle für Heeresbedarf soll bleiben. Die Grundsätze betreffend die Beschäftigung der Mühlen sind zugunsten der kleinen und mittleren Mühlen zu ändern. Der Handel würde beschränkt, aber nicht völlig ausgeschaltet werden. Gewünscht wird die Verteilung der Kleie gleichmäßig über das ganze Reich, und zwar auch hier durch Vermittlung der Kommunalverbände, um unnützes Hin- und Herschieben zu verhüten. Der Vorverkauf des Getreides sei zu verbieten, die landwirtschaftlichen Organisationen sollen überall beteiligt werden.

Der Vertreter des Reichskanzlers antwortete, daß er noch nicht für die Verbündeten Regierungen, sondern nur für das Reichsamt des Innern und für Preußen sprechen könne. Im allgemeinen stimmt er den Vorschlägen des Vorredners zu, wenn auch nicht in allen Einzelheiten. Es sollen nicht mehr Neuorganisationen geschaffen werden als dringend nötig ist, weil dann die Kinderkrankheiten wiederkehren würden, derer die bestehenden Organisationen im allgemeinen Herr geworden sind. Die Streckungsvorschriften sind aufrecht zu erhalten, Ausmahlungsvorschriften sind unter Umständen im Interesse der Viehhaltung zu entbehren. Die Kontrolle des Konsums muß bleiben, aber hoffentlich wird ein Entgegenkommen gegen die Bedürfnisse möglich sein. Die Vorschriften über das Hintertorn können gemildert, die Rationen voraussichtlich erhöht und abgestuft werden, die Ausdehnung der Höchstpreise auf Menggetreide und Gerste muß noch näher erwogen werden. Bei Gerste ist etwa zu einem Handelsmonopol zu greifen, doch sind diese Fragen noch offen. Für Mehl sind neue Verhältnisse zu schaffen. Die Mehlpreise können nicht so wie bisher bleiben. Vielleicht sind die Höchstpreise für Getreide nach Produktionsgebieten festzusetzen. Unter Zuschlag der Frachtkosten und eines angemessenen Mahllohnes ließe sich danach ein Höchstpreis für Mehl festsetzen. Werden die Ausmahlungsvorschriften gemildert, so können auch die kleinen und mittleren Mühlen stärker in Anspruch genommen werden. Höchstpreise für Futtermittel und Düngemittel sind noch in Erwägung. Die Kommunalverbände sollen mit der Beschlagnahme betraut werden. Zweifelhaft ist, ob das Reich oder in letzter Linie die Bundesstaaten den Ausgleich vorzunehmen haben und ob man die Kriegsgetreidegesellschaft werde entbehren können. Hier brauche man eine Stelle, die mehr ist als eine rein bürokratische Behörde und die ein kaufmännisches Unternehmen darstellt. Die „K.G.“ braucht aber eine Spitze aus Beamten. Eine neue Organisation nach den Wünschen des Landwirtschaftsrates würde zunächst neben der bisherigen Organisation arbeiten müssen, was zu Schwierigkeiten führen werde. Ein Verbot des Vorverkaufs von Getreide ist selbstverständlich und wird vorbereitet. Die durchaus wünschenswerte und notwendige Beteiligung von Vertretern der Landwirtschaft ist schon jetzt ausreichend vorhanden. Wahrscheinlich wird eine Reichsverteilungsstelle auch für Kartoffeln entbehrlich werden. Zentraleinkauf, Zentrale für Heeresbedarf, Bezugsvereinigung, Zuckerverteilungsstelle und „K.G.“ müssen in der Hauptsache bestehen bleiben, ihre Zusammenlegung würde einen außerordentlich ausgedehnten Personalbestand erfordern. Die Leitung würde im Reichsamt des Innern zu verbleiben haben, und es erscheint unzulässig, ihr einen Ausschuß von Sachverständigen zu geben, die in die Einzelorganisationen gehören. Nach dem Friedensschluß werde eine längere Uebergangszeit nötig sein. Der Vertreter des Reichskanzlers stellt fest:

erstens, wir werden reichen,

selbst bei Rückschlägen durch Verluste an Vorräten oder spätere Ernte, natürlich müssen wir die bisherige Sparsamkeit weiter üben; zweitens, Kartoffeln sind in erwünschtem Umfang vorhanden, eine weitere Verringerung der Schweinebestände ist nicht erforderlich.

Ein Zentrumsredner führt aus, daß die Verordnungen über die Schweinehaltung unglücklich waren, sie haben die Preise in unerhörter Weise in die Höhe getrieben. Man hat die Verhältnisse der Großstädte dabei zugrunde gelegt. Durch die getroffenen Maßnahmen ist viel Fleisch dem Verderben ausgehört worden. Die Dauerware müsse bald dem Konsum zugeführt werden. Ein Fehler war es, Höchstpreise für Endprodukte dort nicht festzusetzen, wo sie für das Rohmaterial festgesetzt waren. Dies gelte nicht nur für Getreide und Mehl, sondern auch für Gerste und Malz.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter gab der Freude darüber Ausdruck, daß alle Befürchtungen hinsichtlich der Ernährung der Bevölkerung geschwunden sind. Die Hauptsache sei jetzt die Preisfrage. Die Preise müßten schon jetzt nach Möglichkeit herabgesetzt werden.

Aus der weiteren Besprechung, die wesentlich Neues nicht brachte, ist hervorzuheben, daß der zum Reichskommissar für die Zentralverteilungsstelle ernannte Unterstaatssekretär des preussischen Finanzministeriums darin mit dem sozialdemokratischen Redner übereinstimmte, daß zwar nicht überhaupt, wohl aber für diejenigen Bevölkerungsklassen, die einen größeren Brotanteil brauchen, die Möglichkeit der Erhöhung zu schaffen versucht werden müsse.

Die Besprechung der Denkschrift kam nicht zu Ende und wird Sonnabend vormittag weitergeführt.